

## 12. März 2008 Anwohner drohen mit Bürgerentscheid

**Bad Homburg.** Am Ende ihrer Ausführungen führte Karin Spieß die schweren Geschütze ins Feld. Die Sprecherin des Landschaftsschutzvereins Plätzenberg forderte die Politik auf der Bürgerversammlung am Dienstagabend im Kurhaus dazu auf, die Planungen für den Neubau der Pestalozzischule am Bommersheimer Weg zu überdenken. Ihre Androhung: ein Bürgerentscheid. Außerdem könnten die über 3000 Bürger, die sich während der Offenlage des entsprechenden B-Plans 99 gegen den Neubau der Förderschule ausgesprochen hätten, bei der 2009 anstehenden Wahl des Oberbürgermeisters zum entscheidenden Zünglein an der Waage werden. Auch der BUND hat bereits Klage beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel angekündigt.

Zuvor hatten Vertreter von Stadt und Kreis die über 300 anwesenden Bürger über den Stand der Planung informiert. Stadtplaner Jürgen Hölz führte aus, dass der fragliche Acker am Bommersheimer Weg seit über 30 Jahren als möglicher Schulstandort festgeschrieben sei. Er stellte die diversen Gutachten vor – zu Klima, Lärm, Verkehr oder Elektrosmog – die allesamt nicht die vorgeschriebenen gesetzlichen Grenzwerte überschreiten würden. Geeignete alternative Flächen seien im Stadtgebiet nicht zu finden gewesen.

Bernhard Strauch, Leiter des Fachbereichs Hochbau im Kreis, machte vor allem die Notwendigkeit eines Neubaus der Pestalozzischule deutlich. Zudem soll die Einrichtung zu einer Sprachheilschule ausgebaut werden. Die derzeitige Schülerzahl von 196 werde bis zum Jahr 2016 auf etwa 275 steigen. Rund 12.500 Quadratmeter benötige man, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Was die Gebäude angeht, schwebt dem

Kreis eine zweigeschossige Bauweise vor. „Kurze Wege sind in einer solchen Schule sehr wichtig“, erklärte Strauch. Nach Berechnungen des Kreises würde die Schule täglich rund 180 Fahrbewegungen im Viertel nach sich ziehen. Laut Gutachten vertretbar.

Dann kam Spieß zu Wort. Aus Sicht ihres Vereins sprechen zahlreiche Punkte gegen den Bommersheimer Weg. Wichtigstes Argument war die Verfügbarkeit des Grundstücks. Spieß: „Es gibt einen Eigentümer der nicht verkaufen will und auch bereit ist, den Rechtsweg auszuschöpfen.“ Dies würde den Baubeginn um bis zu vier Jahre verzögern. Das besagte Grundstück verläuft mitten durch das geplante Schulgelände. Den präsentierten Gutachten zu Klima, Tierschutz oder der benachbarten Stromleitung wollte sie keinen Glauben schenken. „Es wurden auch keine Alternativen zum Bommersheimer Weg gesucht“, warf sie der Politik weiter vor. Als alternativen Standort brachte der Verein erneut das Areal der alten Feuerwache ins Spiel. Bei einer mehr als zweigeschossigen Bauweise und einer Kombination aus dem bisherigen Schulgebäude und der Feuerwache sei ausreichend Platz vorhanden.

Spieß zeigte sich zuversichtlich, dass man das benötigte Quorum für ein Bürgerbegehren von 3899 Befürwortern erreichen könne. Einspruch Hölz: Rund 26 Prozent der bisherigen Einwander wohne nicht in der Kurstadt, zudem hätten auch viele Kinder unterschrieben. „Wieso nicht?“, konterte Spieß – immerhin handele es sich um einen überregionalen Schulbau und die Kinder der Anwohner seien ebenfalls betroffen. Wie auch immer: Diese 26 Prozent der Unterschriften wären für das angestrebte Quorum ohne Belang. (col)